

## **Pressemeldung des Hebammenverbandes Baden-Württemberg e.V. zum 23. September 2010**

### **Der Hebammenprotest geht weiter**

Auf bundesweiten Mahnwachen kämpfen wir Hebammen weiter für eine angemessene Bezahlung zur Sicherung unserer Existenz. Vom 1. Juli bis zum 14. Oktober finden an jedem Donnerstag Mahnwachen in einem der 16 Bundesländer statt.

So auch am 23. September an unterschiedlichen Orten in Baden-Württemberg.

Die letzten Verhandlungen mit den Krankenkassen endeten am 5. Juli vor der Schiedsstelle mit einer erzwungenen Einigung für die Hebammen. Hebammen und Krankenkassen sind keine gleichberechtigten Verhandlungspartner und die Schiedsstelle ist nicht bereit die Gleichberechtigung herzustellen. Die Beitragsstabilität wird stets höher bewertet als die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Hebammen.

Dies zeigt, dass die Bundesregierung ihren Sicherstellungsauftrag mit geburtshilflichen Angeboten selber wahrnehmen muss und ihn nicht auf Dritte abwälzen kann. Wir erwarten von ihr gesetzgeberische Maßnahmen durch die sich die Situation der Hebammen verbessert.

Deutliche Signale zur Verbesserung der Situation der Hebammen gingen am 1. Juli von der Bundesgesundheitsministerkonferenz aus, die einstimmig die Bundesregierung dazu aufforderte eine Lösung für die Hebammen zu finden und den Erhalt der außerklinischen Geburtshilfe zu gewährleisten. Diese Forderungen werden in Baden-Württemberg von den gesundheitspolitischen Sprechern des Landtages gemeinsam unterstützt.

Es ist jedoch höchste Zeit, dass den Worten auch Taten folgen. Bleibt die Bundesregierung bei ihrer derzeitigen Haltung, lassen sich Leistungsangebote wie zum Beispiel die Wahlfreiheit des Geburtsortes oder flächendeckende Wochenbettbesuche durch eine Hebammen nicht länger zuverlässig aufrechterhalten. Die derzeitige Vertragslösung ist jedenfalls nicht geeignet die flächendeckende Versorgung der werdenden und jungen Mütter und ihrer Familien nachhaltig zu sichern.

Unsere Ziele sind:

- Die Sicherstellung der Wahlfreiheit des Geburtsortes
- Der Erhalt der Hebammenhilfe in Deutschland
- Angemessene Arbeitsbedingungen in einem Beruf von Frauen für Frauen und ihre Familien

Dies erfordert eine Anhebung der Gebühren und Gehälter auf ein Niveau, das der hohen Verantwortung von Hebammen gerecht wird und von dem Hebammen leben können.

**Dafür stehen wir – auch am 23. September in Baden-Württemberg.**